

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Versuch der Kommunalpolitik – und damit unser Anspruch – ist es, unsere Stadt lebenswerter zu gestalten, unsere Stadt für die Zukunft zu rüsten und zu entwickeln. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander – darüber wird in letzter Zeit viel gesprochen und dazu muss hier nicht mehr allzu viel gesagt werden. Wenn die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht, dann ist es unsere Aufgabe, für ein wenig mehr Gerechtigkeit in unserer Stadt, in unserem Wirkungskreis zu sorgen.

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Gemeinderats. Und mit der Verabschiedung des Haushalts schaffen wir die wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt – in den nächsten zwei Jahren, aber auch darüber hinaus. Für eine lebenswerte Stadt und ein wenig mehr Gerechtigkeit.

Finanziell ist die Stadt Konstanz für die kommenden beiden Jahre gut aufgestellt, der Ergebnishaushalt und damit die laufende Verwaltung erwirtschaftet in den Jahren 2013 und 2014 einen ordentlichen Überschuss und bildet damit ein solides Fundament für unsere Investitionen. Was auch gut so ist, denn ein Blick auf den Investitionshaushalt zeigt: Wir haben uns viel vorgenommen, sogar so viel, dass gar nicht alles realisiert werden kann. Dies wurde auch von der Kämmerei in der Vergangenheit stets angemahnt und wirft nicht zuletzt die Frage nach der politischen Verantwortung und Kontrolle über die Investitionsvorhaben auf. Was auf der einen Seite die mangelnde Disziplin des Gemeinderates offenbart – und hier möchte ich meine Fraktion keineswegs ausnehmen – zeigt auf der anderen Seite, dass es viel zu tun gibt in unserer Stadt und dass wir alle eine gute Perspektive für die Entwicklung der Stadt sehen. Denn ein Blick in den Investitionsplan für die kommenden Jahre zeigt, dass viel getan wird für mehr Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Stadt:

- Nahezu alle Kinder ab 3 Jahren besuchen einen Kindergarten und erhalten dort ein hervorragendes Betreuungs- und Förderangebot, egal ob aus armem oder reichem Elternhaus, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Die FGL begrüßt, dass die Stadt am eingeschlagenen Weg festhält und den Ausbau der U3-Plätze vehement

vorantreibt. Denn hier investieren wir in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Stadt.

- Bildungschancen sind Teilhabechancen und Schulen damit die Voraussetzung für eine eigenständige und selbstbewusste Gesellschaft. Investitionen in Bildungseinrichtungen sind der Grundstein für eine Wissensgesellschaft. In einer Stadt mit derart wenig Platz für Expansion und Industrie ist Wissen unser großes Kapital. Die Schulausbauten positionieren die Stadt als Wissenschaftsstandort. Wir sind – auch das möchte ich erwähnen – stolz darauf, dass wir mit der Gebhardschule eine Schule haben, die zu den renommiertesten Gemeinschaftsschulen des Landes zählt. Diese Schule strebt seit Jahren an, eben mehr Gerechtigkeit im Bildungsbereich zu schaffen. Es ist für uns selbstverständlich, dass neue Lernformen neue Formen der Lernumgebung benötigen – trotzdem drängen wir entschieden darauf, dass der Kostenrahmen für den Neubau der Gemeinschaftsschule, der durch die vorliegenden Entwürfe um 50% überschritten wurde, eingehalten wird.
- Lebensqualität zeigt sich nicht nur in Kinderbetreuungs- oder Bildungsangeboten. Wir begreifen Konstanz als Stadt mit hoher Lebensqualität über das hohe Kulturangebot, das sowohl die institutionellen Kultureinrichtungen als auch die freien Kulturschaffenden prägen. Wir leisten uns Theater, Philharmonie, Museen – und sind stolz auf diese Einrichtungen. Wir planen ein Konziljubiläum für die kommenden Jahre. Hierbei müssen wir darauf achten, dass wir diese großen Sprünge ebenso solide finanziert bekommen, wie wir das mit unseren Kultureinrichtungen in den vergangenen Jahren realisiert haben.
- Zu einer lebenswerten Stadt gehört es offensichtlich auch, Brücken zu schlagen und Durchgänge zu schaffen.
  - Wir sind froh darüber, dass die Z-Brücke am Bahnhof Petershausen bereits ab dem Jahr 2015 in Angriff genommen werden kann. Unserer Ansicht nach braucht dieses neue Quartier mit zahlreichen neuen Bewohnern eine Brücke über die Bahngleise, um sich als Quartier überhaupt entwickeln zu können und den barrierefreien Zugang zum Haltepunkt Petershausen zu ermöglichen.
  - Der Haltepunkt Sternenplatz wird nun wohl nicht auf der Brücke realisiert werden können. Eine neue Planung ist unserer Meinung nach dennoch erforderlich, denn die optimale Vernetzung von Bus und Seehas erfordert diesen Haltepunkt. Wir begrüßen daher, dass die neue Planung entsprechend vorgezogen wird.

- Energetische Sanierungen sind nachhaltige Investitionen in die bauliche Substanz zahlreicher städtischer Liegenschaften und eine Investition in die ökologische Aufstellung unserer Stadt zugleich. Von daher schmerzt es uns natürlich, dass ausgerechnet diese konkreten Maßnahmen vorerst in weite Ferne gerückt sind. Aber es ist vernünftig, durch eine Priorisierung der anstehenden Sanierungsvorhaben strukturiert vorzugehen und einen verbindlichen Zeitrahmen für entsprechende Sanierungen zu schaffen. Die Verwaltung ist nun am Zug, möglichst rasch eine Priorisierung vorzulegen, damit diese bereits in den kommenden Haushaltsberatungen in Angriff genommen werden kann.

Abschließend möchte ich noch auf die zurückliegenden Haushaltsberatungen eingehen. Mit der Finanzierung unserer Investitionsvorhaben schröpfen wir die gesamte städtische Rücklage über die kommenden Jahre hinweg. Auch wenn dies angesichts vieler dringlicher Aufgaben und insbesondere auch Aufgaben im Pflichtbereich der Kommunen – wie dem Ausbau der Kindertageseinrichtungen – sicherlich legitim ist, muss uns dies dennoch vor Augen bleiben: Wir zehren vom Angesparten vergangener Jahre.

Aber es gelingt uns, zumindest in den Haushaltsplänen der kommenden drei Jahre ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Dies ist ein Kernanliegen der FGL. Denn auch hiermit schaffen wir auch mehr Gerechtigkeit – in diesem Fall gegenüber den kommenden Generationen.

Was in den vergangenen Wochen viel und hart diskutiert wurde, sind die zusätzlichen 22,9 Stellen, die im Rahmen der Haushaltsberatungen geschaffen werden sollen.

Hierzu ist folgendes anzumerken:

- Selten konnte man derart deutlich erkennen, dass neue Stellen ein Mehr an Bürgernähe und eine Steigerung des Angebots erbringen werden.
  - Die neuen und zusätzlichen Kindertageseinrichtungen brauchen Personal, denn ohne dieses sind die schönsten Einrichtungen unnützlich
  - Schulen brauchen Schulsozialarbeit um eine umfassende Betreuung an den Schulen sicherstellen zu können

- Die MitarbeiterInnen des Bürgeramtes haben sich zahlreiche Gedanken gemacht, wie den Wünschen und Erwartungen der EinwohnerInnen entgegen gekommen werden kann. Durch die neu zu schaffenden Stellen wird der Bürgerservice wesentlich verbessert.
- Die Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement – von uns seit Jahren angemahnt – ist eine deutliche Forderung der BürgerInnen unserer Stadt und hat ein umfangreiches Aufgabengebiet vor sich. Wir begrüßen es sehr, dass diese Stelle nun endlich realisiert werden kann!
- Und nicht zuletzt begrüßen wir es ausdrücklich, dass dieser Haushalt ohne eine globale Minderausgabe im Personalbereich auskommen wird. Die Gemeindehaushaltsverordnung sieht eine GMA lediglich für den Fall vor, wenn ein Haushaltsausgleich nicht auf andere Weise erreichbar ist.
  - Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass wir uns einig darüber sind, dass die finanzielle Lage der Stadt als solide einzuschätzen ist. Das Greifen zu einem außerordentlichen Haushaltsinstrument wie einer GMA in dieser „ordentlichen“ Lage ist aus unserer Sicht daher nicht zu vermitteln
  - Die neu geschaffenen Stellen sind in erster Linie einem Aufgabenzuwachs geschuldet. Es kann daher nicht sein, dass diese zusätzlichen Aufgaben durch das bestehende Team an VerwaltungsmitarbeiterInnen geschultert werden muss. Eine Forderung nach entsprechender Kürzung des Mitarbeiterbestands in Größenordnung der neu zu schaffenden Stellen ist daher absolut unseriös.
  - Und nicht zuletzt: Das Haushaltsrecht ist wie gesagt das Königsrecht des Gemeinderats. Wer Stellen streichen möchte, muss sich der Aufgabenkritik stellen, muss sagen, welche Stelle und welche Aufgabe wegfallen soll und darf dieses nicht der Verwaltung überlassen. Auch das gehört zum Thema Gerechtigkeit.

Insgesamt sehen wir die Stadt mit den Vorhaben dieses Haushaltsplanes auf einem guten Weg zu einer nachhaltigen Stadt, zu einer Stadt, die soziale Verantwortung wahrnehmen kann. Die Freie Grüne Liste wird dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes daher zustimmen. Vielen Dank.

Charlotte Biskup, 21.03.2013